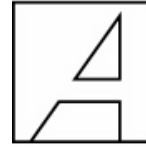




Hauptabteilung INT

Team Asien



Konrad
Adenauer
Stiftung

Politischer Bericht / Kurzbericht

Thema:

**Afghanistan nimmt mit den Parlamentswahlen
die letzte Hürde und steht am Start einer
neuen Etappe**

**Eine Wahlanalyse mit persönlichen
Impressionen**

Autor:

Dr. Babak Khalatbari

Ort/Datum:

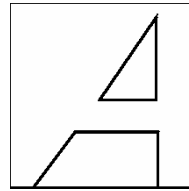
Kabul, den 19.09.2005

Länder- / Regionalprogramm:

Demokratieförderung Zentralasien / Afghanistan

Länderbüro Afghanistan
Dr. Babak Khalatbari
Wazir Akbar Khan, No 291, 10th Street
Kabul, Afghanistan

Tel.: +93 (0) 70 - 280745 (Mobil)
E-Mail: kas.kabul@ceretechs.com



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Afghanistan nimmt mit den Parlamentswahlen die letzte Hürde und steht am Start einer neuen Etappe

Die Wahlen in Afghanistan begannen mit einem Paukenschlag. Rund eineinhalb Stunden nachdem die Wahllokale um 6 Uhr morgens ihre Pforten öffneten, schlugen zwei Raketen in den UN-Compound an der Dschalalabad Straße ein, auf dem sich das Pressezentrum in Kabul befindet. Glücklicherweise verfehlten die sonst todbringenden Geschosse ihr Ziel und schlugen in einem Nachbargebäude ein. Ein afghanischer UN-Mitarbeiter wurde dabei verletzt, und es entstand ein nicht unerheblicher Sachschaden. Im östlichen Teil des Landes verlief der Wahltag ebenfalls nicht sonderlich friedliebend. Rund 20 km von Kunduz entfernt, wurde an einer Wahlstation von einem regionalen Warlord ein Feuergefecht angezettelt, als dieser den Polizisten angriff, der ihn daran hindern wollte, bewaffnet das Wahllokal zu betreten. In Ghazni warf man eine Handgranate in ein Wahllokal. In Kunar wurden zwei Wähler erschossen und drei schwer verletzt. In Khost feuerte irrtümlicherweise ein Hubschrauber der Coalition Force bei der Verfolgung von Rebellen auf ein Wohnhaus und verletzte sechs Personen, von denen eine später verstarb. Ferner wurden zwei afghanische Soldaten in dem Distrikt Kandesh getötet, als ihr Fahrzeug über eine Mine rollte. Einen Tag vor der Wahl versuchten oppositionelle Kräfte in der Provinz Hellmand den Kajaki-Staudamm zu sprengen.

Eine Liste mit traurigen Ereignissen, die man beliebig erweitern könnte und die es vielleicht teilweise vermochten, die Wahlen am 18. September zu überschatten. Trotz der vielen Kandidatenwerbung in Rundfunk und Fernsehen sowie des unglaublichen Plakatwahlkampfes, geht man mittlerweile von einer eher überschaubaren Wahlbeteiligung aus. Sieben Kandidaten, sieben Mullahs und fünf Wahlhelfer wurden im Vorfeld der Wahlen ermordet. Zudem war der morgendliche Anschlag von der Uhrzeit her gut gewählt. In Verbindung mit einem Flugblatt, mit dessen Hilfe man der Bevölkerung angedroht hatte, dass diejenigen, die zu den "amerikanischen Wahlen" gehen, ihr Leben verwirkt hätten, verfehlte der Anschlag seine Wirkung in Kabul nicht. Viele Leute überlegten es sich lieber noch mal, ob sie zu den ersten Parlamentswahlen seit 36 Jahren gehen sollten, oder schlimmer, überdachten pragmatisch, wen sie sicherheitshalber wählen sollten. Bei den neu ausgestellten rund 1,7 Millionen Wahlregistrierungen gingen 44% der Neuwähler auf das Konto von Frauen und 56% auf das Konto von Männern. Insgesamt waren 12,4 Millionen Stimmberechtigte registriert. Dass die afghanischen Wahlen mit dem Urnengang am 18. September noch lange nicht die heiße Phase hinter sich gelassen haben, ist zu befürchten. Schon in den frühen Morgenstunden des 19. September musste erneut ein Kandidat um sein Leben zittern. In Badakshan wurde das Haus von Zulmai Mojadadi mit Panzerfaustschüssen und zahlreichen Gewehrsalven traktiert.

Neue Wahlen – und trotzdem viele alte Gesichter

Präsident Karzai, der in der Nähe des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung seine Wahlzettel abgab, ging mit gutem Beispiel voran: *"Es sei für ihn eine große Ehre, nach seinem freien Willen entscheiden zu dürfen"*, ließ er bei der Stimmabgabe verlauten. Über zwölf Millionen Afghanen waren aufgerufen, aus den mehr als 5.000 Kandidaten die Abgeordneten für die 249 Parlamentssitze und die 420 Provinzratsitze auszuwählen. Ein Viertel der Sitze im Parlament ist für Frauen vorgesehen, in den Provinzräten 30 Prozent. Im Gegensatz zu den Präsidentenwahlen, bei denen noch 50% der Wahlhelfer aus anderen Staaten stammten, stellen bei den Parlamentswahlen nun die afghanischen Mitarbeiter rund 90% aller Beteiligten.



Das zukünftige Parlament wird aus einem Unterhaus, der so genannten *Wolesi Jirga*, und einem Oberhaus, der so genannten *Mesharano Jirga*, bestehen. Schon jetzt steht eine Besonderheit fest: Es wird wohl in der gesamten islamischen Welt keinen anderen Staat geben, der eine solch hohe parlamentarische Frauen-Quote hat wie Afghanistan. Fast 30% aller Sitze sind Frauen vorbehalten, ein Sachverhalt, der Afghanistan in die Spitze der 20 frauenfreundlichsten Länder einreihen lässt. Mit der Frauenquote wird das Land am Hindukusch noch vor den USA und Großbritannien liegen. Die vorläufigen Ergebnisse werden für Mitte Oktober erwartet. Doch schon jetzt drängen sich hoffentlich nicht bestätigende Befürchtungen einer politischen Todegeburt auf, denn in den Reihen der frisch gewählten Parlamentarier werden sich viele Personen befinden, an deren Händen entweder Blut oder Opium kleben. Nur allzu oft hörte man im Vorfeld der Wahlen, dass viele Kandidaten anstatt ins Parlament eher ins Gefängnis gehören und der Einfluss der verbleibenden Kandidaten so gering sei, dass die Wahlen überflüssig erscheinen.

Dem kritischen Betrachter drängen sich daher Ersatzworte für das Schlagwort Demokratie auf. Demodiktur und Diktatorokratie sind zwei Wort-schöpfungen, die versinnbildlichen, dass die demokratischen Wahlen bezüglich der Kandidatenauswahl bei Personen wie Mohammad Karim Khallili, Haji Mohammad Muhaqeq, Ostad Rabani, Abdul Rasoul Sayaf und Mohammad Yunes Qanuni, die allesamt politische Schwergewichte mit teilweise unrühmlicher Vergangenheit sind, einen diktatorischen Anstrich erhalten. Manche Stimmen treten diesem Sachverhalt mit dem Argument entgegen, dass Afghanistan eben nur soviel Demokratie erhält, wie es vertragen kann. Bezüglich der Topkandidaten wurde zumindest alter Wein in neuen Schläuchen serviert. Neue Wahlen – alte Gesichter, scheint die Devise zu lauten. Zudem waren die Wahlen teilweise durch einen ungleichen Kandidatenwettbewerb gekennzeichnet. Wer Geld und Unterstützer hat, der war demnach auch in der Lage, einen Wahlkampf ohne Einschränkungen zu führen. Finanzschwache Kandidaten hingegen warben auf schwarz-weißen

DIN A4 Plakaten oder zogen ihre Kandidatur auf Grund explodierender Kosten einfach zurück. Doch wurden viele auch vom Ehrgeiz gepackt und verschuldeten sich sogar wie beispielsweise Kandidatin Sabrina Saqib, um den Wahlkampf weiterführen zu können. Es gab aber auch politische Newcomer, die durch den Wahlkampf landesweite Berühmtheit erlangten. Eine ist ebenso Sabrina Saqib, geboren im Jahre 1979 und damit jüngste Parlamentskandidatin. 1981 floh ihre Familie während der Kriegswirren in den Iran. Ihre Ausbildung erhielt sie ebenfalls im Nachbarland und Sabrina, die wegen ihres Wahlsymbols (zwei Kaninchen) von vielen "Ms Bunny" genannt wird, verkörpert exemplarisch die Gruppe der nun zurückkehrenden Exilafghanen. Um einige Wahlplakate der weiblichen Kandidatinnen ist ein wahrer Kultstatus ausgebrochen, und Konterfeis von Fauzia Gailani, Osaida Afif und Fauzia Kufai erzielen mittlerweile Preise von 50 bis 150 Afghanis, also im Durchschnitt rund 2 US-Dollar. Nicht gerade wenig Geld in einem Land, in dem das durchschnittliche Jahresgehalt laut National Human Development Report 2004 der Vereinten Nationen bei gerade mal 822 US-Dollar liegt.

Im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen des letzten Jahres verliefen die Wahlen insgesamt sehr koordiniert, und Betrügereien wurden schon im Vorfeld ausgegrenzt. Die Tinte war im Gegensatz zum Vorjahr trotz zu beobachtender versuchener abwaschbar und hielt allen beobachteten Versuchen zum Trotz. Das Radio war zudem am Wahltag ein Transparenzmedium, das über Wahlzettelbetrügereien mit gefälschten Listenplätzen, Einschüchterungsversuche und ähnlichem rund um die Uhr informierte. Auch wenn die



KAS-Projektassistent Aimal Ashrati bei der Stimmabgabe in der Wazir Akbar Khan Moschee



Wahlergebnisse – anders als in Deutschland – noch nicht feststehen, ist schon jetzt ein klarer Punktsieg für die Meinungsfreiheit und den entstehenden Pluralismus zu verbuchen.

"Parlament mit Zähnen" oder "fraktionsloser Hühnerhaufen"?

Die Wahlen am Hindukusch können sicherlich als Herausforderung verstanden werden, denn dass man sich in Afghanistan zu einem Wahlgesetz entschlossen hat, das zunächst Parteien nicht vorsieht und ein faktisches System der Mehrheits- und Direktwahl (Single Non-Transferable Vote) eingeführt hat, ist zwar aus dem historischen Kontext verständlich, impliziert aber auch Hürden und zahlreiche Falltüren. Bei dem Wort Partei ist den meisten Afghanen etwas mulmig zu Mute, denkt doch jeder zuerst an die Ära der Kommunistischen Partei. Später gesellten sich dann die zahlreichen Mudschahedinfraktionen dazu. Bezüglich des Schlagworts "Partei" bedarf es noch einiger Aufklärungsarbeit, zirkulieren doch größtenteils noch Bezeichnungen wie "hezb", "dasta" "dschabha", "Grup" und "Ittehadia".

Die meisten vorhandenen Parteien sind daher nicht als Parteien im demokratischen Sinn zu verstehen, verfügen also über keine Struktur, Parteiprogramme oder eine Organisation. Anfänge einer staatsbürgerlichen Erziehung wurden schon gemacht, doch gibt es noch große Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie. Dort, wo nur wenige oder gar keine Finanzmittel der internationalen Hilfe ankommen, stellt man Wahlen generell in Frage. Man versteht weder den Nutzen noch den Sinn, da sich bis dato am Status quo nichts verändert hat. Ein generelles Dilemma der internationalen Entwicklungspolitik, denn Afghanistan besteht nicht



Afghanistan hat gewählt, Jetzt müssen nur noch die rund 12,4 Mio. Stimmen ausgezählt werden

nur aus Kabul, Kunduz, Mazar-e-Sharif und Herat. Sollten in Zukunft die strukturschwachen Gebiete nicht eingebunden werden können, wird der Unmut eventuell irgendwann in Resignation, oder noch schlimmer, in Wut umschlagen. Man sollte auch nicht aus Gründen der politischen vornehmen Etikette den Fehler begehen, zu verschweigen, dass zahlreiche Kandidaten mit nicht gerade amerikafreundlichen Wahlparolen um Wählerstimmen warben. Willkürliche Straßensperren amerikanischer Privatsicherheitsdienste, fragwürdige Verurteilungen straffällig gewordener US-Soldaten sowie das generelle Auftreten der ausländischen Sicherheits-

und Hilfskräfte luden zu Diskussionsbedarf nach orientalischer Manier ein. Sollte der ehemalige Planungsminister Ramadan Baschardost ins Parlament einziehen, was als sicher gilt, wird den NGOs ein scharfer Wind ins Gesicht wehen. Baschardost legte sein Amt nieder, als das Kabinett unter Karzai seinen Entschluss rückgängig machte, mit dem er rund 1.200 NGOs die Konzession entziehen wollte. Baschardost fokussierte mit seiner gewandten Rhetorik alles, was in Kabul Rang und Namen hat und redete sich so in die Herzen vieler Wähler. Das Parlament verspricht im Großen und Ganzen "ein bunter Haufen" zu werden. Die Hauptfrage aber wird sein, ob es ein Parlament mit Zähnen sein wird, das nicht nur als williger Erfüllungsgehilfe eines mächtigen Präsidenten agiert. Generell wird der Durchschnittsabgeordnete ein klassischer Einzelkämpfer sein und es bleibt spannend, bis sich die ersten Allianzen und Koalitionen abzeichnen werden. Im künftigen Parlament ist mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem Machtkampf zwischen den Vertretern der Paschtunenstämme des Südens und den Abgeordneten der Ethnien des Nordens zu rechnen. Spötter und Wahlkritiker reden schon jetzt von einem „fraktionslosen Hühnerhaufen“, der unter einem Habicht Karzai nach Belieben auseinander und zusammen getrieben wird. Ein sicherlich etwas zu übertriebener, bildlicher Vergleich, aber Fakt ist, dass die Parteien durch das Wahlsystem des einzelnen, nicht übertragbaren Stimmrechts regelrecht marginalisiert werden. Den europäischen Bestrebungen, das afghanische Wahlsystem in ein Verhältniswahlrecht umzuwandeln, war im Vorfeld kein Erfolg beschieden.

Ferner werden höchstwahrscheinlich rund ein Drittel aller Abgeordneten fragwürdig anmutende Interessen vertreten oder zumindest von einschlägig bekannten Netzwerken protegert. Die



Legitimation wird fraglich sein, denn es zeichnet sich gegenwärtig eine sehr geringe Wahlbeteiligung ab. Egal, ob man in den Moscheen, den Märkten oder im alltäglichen Straßenbild auf die Hände der afghanischen Wahlbevölkerung schaut, nur rund jeder Zweite hat schwarze Tinte am Zeigefinger: sprich: nahm sein Wahlrecht in Anspruch. Die Wahlbeteiligung soll laut Rundfunkberichten im Norden wesentlich höher gewesen sein als im Süden. Speziell in Herat sollen sehr viele Frauen die Wahllokale aufgesucht haben. In Kabul selbst schätzt man die Wahlbeteiligung auf ca. 50 Prozent, also rund 20 Prozent weniger als im letzten Jahr bei der Präsidentschaftswahl.

Afghanistan nimmt mit den Parlamentswahlen die letzte Hürde und steht am Start einer neuen Etappe

Mit Abschluss der Parlamentswahlen ist der Petersberg-Prozess vollendet. Im Rückblick birgt die Entwicklung viele Eckpunkte einer Erfolgsgeschichte, wenn man bedenkt, dass noch vor rund fünf Jahren die Taliban am Hindukusch herrschten. Eine Verfassung wurde verabschiedet, Präsident und Parlament wurden gewählt und Afghanistan wurde in die internationale Staatengemeinschaft zurückgeführt. Doch mit der Absolvierung der letzten großen Hürde, steht man zugleich wieder am Start einer neuen Etappe. Eine Nachfolgekonferenz, wie sie unlängst Wirtschafts- und Wiederaufbauminister Amin Farhang in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung forderte, wäre ein Weg in die richtige Richtung. Neue Ziele auf der politischen Landkarte erscheinen sinnvoll, denn bislang ist Afghanistan von der internationalen Hilfe abhängig. Ein funktionierendes, realistisches Fiskalsystem ist nicht in unmittelbarer Reichweite und die Korruption nimmt eher zu als ab. Vom informellen Sektor der Drogenökonomie, in den so viele bekannte Namen verwoben zu sein scheinen, möchte man gar nicht sprechen. Wie soll es nun weitergehen mit Afghanistan, das ist die große Frage?

Glaubwürdigkeit

Hamid Karzai wird als Präsident den Balanceakt auf einem Drahtseil ohne Netz wagen müssen, Demokratie authentisch nachvollziehbar mit frischgewählten Parlamentariern in Verbindung zu bringen, die weitestgehend keine unbekanntenen Personen sind. Ob dies die zarte Pflanze Demokratie aushält und nicht von den wild wuchernden Ranken eines chaotischen Parlaments erdrückt wird, entscheidet sich in den nächsten Monaten. Auffallend ist, dass gerade einige der Personen, die Afghanistan in den Abgrund stürzten, sich nun anpreisen, das Land wieder aufbauen zu wollen.

Staatliche Grundsubstanz

Nach dem Abschluss des Petersberger Prozesses müssen neue Ziele auf der politischen Agenda definiert werden. Der afghanische Staat hat nun eine Verfassung, einen Präsidenten und ein Parlament, doch von Rechtssicherheit, einer organisierten und effizienten Administration und einer Sicherheit austrahlenden Exekutive ist man noch entfernt. Ferner muss das Land zu einer mittel- bis langfristigen Wirtschaftsordnung finden, um nicht den internationalen Anschluss zu verpassen. Zudem muss Afghanistan versuchen, eine wirkliche Einheit zu werden. Das regionale Kräftemessen ist in diesem Prozess nicht förderlich.

Einbindung in das Regionalsystem

Traditionell waren Iran und Pakistan die stärksten Handelspartner Afghanistans. Gerade das gegenwärtig angespannte Verhältnis zu Pakistan blockiert jegliche Entwicklung. Der Konflikt um die Durandlinie, die aus der Kolonialzeit stammt und paschtunisches Stammesgebiet unter zwei Staaten aufgeteilt hat, birgt genug Potenzial in sich, um ein gefährlicher Konflikttherd zu werden. Die internationale Gemeinschaft sollte in diesem Fall umgehend versuchen, als neutraler Mittler zu agieren, um weitere Eskalationen zu vermeiden. Der von Pakistan erwähnte Afghanistan-



Grenzzaun wäre diesbezüglich als kontraproduktiv einzuschätzen und ist zudem auf Grund der über 2.000 km langen Grenze praktisch nicht umzusetzen.

Damit Afghanistan nach dem erfolgreichen Absolvieren aller politischen Hürden bei der nächsten Etappe nicht den Startschuss verpasst, ist ein neuer Fahrplan von Nöten. Hierbei sollt man nicht zu ehrgeizig vorgehen und die Ziele zu hoch hängen, denn ähnlich wie ein menschlicher Organismus, braucht auch ein Staat Zeit zum Wachsen und kann nicht von heute auf morgen von einer Despotie in eine blühende Demokratie verwandelt werden. Insofern sind die Wahlen in Afghanistan, unabhängig davon welchen Ausgang sie auch immer nehmen mögen, als Erfolg zu betrachten. Afghanistan ist als Staat der Gründungsphase entwachsen und befindet sich gegenwärtig in einer Art demokratischer Selbstfindungsphase. Hierzu gehört auch, dass man von afghanischer Seite bezüglich der internationalen Hilfgelder mehr Rechte einfordert und Ernst genommen werden will. Alle Medaillen haben jedoch zwei Seiten und so gehören zum Erwachsenwerden nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Dass diese Pflichten von großen Teilen der afghanischen Bevölkerung erkannt worden sind, hat der gigantische Wahlkampf gezeigt. Das politische Interesse scheint aus einem Dornröschenschlaf erwacht zu sein. Bei der weiteren Politik der kleinen Schritte wird trotzdem ein langer Atem notwendig sein, denn es gilt noch viele Problemfelder zu bearbeiten. Bei den nächsten Schritten im Post-Petersberger-Prozess wird es vor allem darauf ankommen, inwiefern auf der einen Seite die internationale Gemeinschaft bereit ist, sich finanziell zu engagieren und auf der anderen Seite, wie gewillt die jetzige afghanische Regierung ist, die schwierigen Problemkomplexe nachhaltig zu lösen. Bei diesem Entwicklungsprozess darf man nicht die Geduld verlieren, denn schon Johann Wolfgang von Goethe war sich bewusst, dass "Demokratie nicht rennt, aber sicherer zum Ziel kommt."

*Kabul, den 19.09.2005,
Dr. Babak Khalatbari*



Länderbüro AFGHANISTAN

E-Mail: kas.kabul@ceretechs.com

<http://www.kas.de/proj/home/home/80/1/index.html>